



Der Zuwanderungsbeauftragte, Karolinenweg 1, 24105 Kiel

Offener Brief

Herrn Bundesinnenminister
Horst Seehofer
im Bundesministerium des Innern,
für Bau und Heimat
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Mein Zeichen: F - K I 3.3

Meine Nachricht vom:

Bearbeiter: Stefan Schmidt

Telefon (0431) 988-1290

Telefax (0431) 988-6101293

fb@landtag.ltsh.de

17. Juli 2018

Vorgehen gegen deutsche Seenotretter

Sehr geehrter Herr Minister Seehofer,
sehr geehrter Herr Weinbrenner,

vielen Dank für Ihre Antwort vom 03. Juli 2018 auf mein Schreiben vom 04. Juni 2018. Ich erlaube mir, noch einmal um Auskunft zu bitten, da Ihre Antwort meine Fragen nur in unzureichendem Maß beantwortet. Ich bitte dabei zu berücksichtigen, dass ich der gewählte Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein bin, und schon auf Grund meiner Funktion eine erklärende, konkrete und vor allem schlüssige Antwort benötige.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass viele der im Mittelmeer operierenden Hilfsorganisationen gemeinnützige, legale und in Deutschland angemeldete Organisationen sind (beispielsweise Sea-Eye e.V., Sea-Watch e.V.). Innerhalb der Organisationen betätigen sich viele deutsche Staatsbürger ehrenamtlich, die Evangelische Kirche u.a. unterstützen genau diese Organisationen und ihre humanitäre Arbeit.

- 1) Obwohl Sie im Schreiben darauf hinweisen, dass *„Die Rettung von Flüchtlingen und Migranten auf See oberste Priorität hat“*, steigen insbesondere in den Monaten Juni/Juli 2018 die Anzahl der Toten im Mittelmeer. Nach dem Wegfall der Rettungseinsätze der privaten Hilfsorganisationen scheint entgegen Ihrer Angabe und trotz Frontex-Mandat keine ausreichende Seenotrettung mehr gewährleistet zu sein.

Was unternimmt das Bundesministerium für Inneres, Bau und Heimat und/oder die Bundesregierung, um eine ausreichende Seenot-

rettung unter Beachtung völkerrechtlicher Bestimmungen wie dem Non-Refoulement-Prinzip (Artikel 33 Genfer Flüchtlingskonvention) zu gewährleisten, nachdem viele deutsche Organisationen nicht mehr helfen können/dürfen?

Bekräftigen möchte ich in diesem Zusammenhang Ihre Darlegung von S. 1 Ihres Antwortschreibens zur europäischen Solidarität innerhalb der humanitären Krise im Mittelmeer, was im Klartext bedeutet, dass die Aufgabe nicht nur eine italienische ist, sondern gesamteuropäisch zu lösen ist.

- 2) Sie beschreiben einen Zusammenhang zwischen Schleuseraktivitäten und privaten Hilfsorganisationen und sprechen von einem „Pullfaktor“ (S.2). Genau dieser Zusammenhang wurde in aktuellen Forschungen, wie zum Beispiel durch die University of London¹, widerlegt. Welche genauen Untersuchungen liegen Ihnen vor, oder auf welchen belastbaren Erkenntnissen basiert Ihre These, und wie begründen Sie diese?
- 3) Ihr Ministerium hat seit diesem Jahr auch den Zusatz „Heimat“. Gerade die ehrenamtliche Betätigung von deutschen Staatsbürgern in gemeinnützigen Vereinen und Organisationen stellt ein hohes Identifikationsmerkmal mit „Heimat“ dar.

Was genau unternimmt das Bundesministerium für Inneres, Bau und Heimat, um genau dieses ehrenamtliche Engagement vieler deutscher Staatsbürger innerhalb der Hilfsorganisationen im Mittelmeer wieder zu ermöglichen, nachdem in letzter Zeit viele Hürden (Schließung der Häfen in Italien, Auslaufverbot für private NGOs in Malta, strafrechtliche Verfolgung von ehrenamtlichen Helfern) aufgebaut worden sind?

Ich bitte um eine konkrete Beantwortung meiner drei Fragen und behalte mir auf Grund des aktuell gesteigerten öffentlichen Interesses auch vor, unseren Briefwechsel zu veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Schmidt

¹ <https://blamingtherescuers.org/>